

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten Lipitsch,  
Genossinnen und Genossen  
an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

**betreffend soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von Busverkehrsdienstleistungen**

Das gesamte Bundesgebiet ist mittlerweile mit Verkehrsverbänden abgedeckt. Diese Verbände haben die Aufgabe, den öffentlichen Personennah- und regionalverkehr zu organisieren.

Mit dem Ziel der Optimierung von Angebot und Kosten wurden zahlreiche Verkehrsbereiche (Linienbündel) wurde im Wege einer öffentlichen Ausschreibung neu vergeben. In zahlreichen Fällen hat sich dabei die Qualität des Angebotes dramatisch verschlechtert, weil auf soziale und ökologische Kriterien keinerlei Rücksicht genommen wurde. Die Vergaben wurden nach dem Billigstbieterprinzip durchgeführt.

Wie der Verein BIZEPS (<https://www.bizeps.or.at/bizeps/verein.php>) beispielsweise aufzeigt, wird dem Qualitätskriterium „Barrierefreiheit“ absolut nicht Rechnung getragen. So muss nach der erfolgten Neuausschreibung in der Region Steyr/Kremstal ein barrierefreier Bus drei Tage im Voraus angemeldet werden, nur dann kann der neue Betreiber der Buslinie einen barrierefreien Bus garantieren.

Angesichts des sehr geringen Preisunterschiedes (drei Cent pro KM) und der geringen bis gar nicht vorhandenen Barrierefreiheit kann man einen erheblichen Qualitätsverlust konstatieren.

Der parlamentarische Verkehrsausschuss hat in seiner Sitzung am 9. April 2015 folgende Ausschussfeststellung einstimmig verabschiedet: *„Der Verkehrsausschuss geht davon aus, dass der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie einen Leitfaden für die Berücksichtigung von Sozial- und Qualitätskriterien bei Ausschreibungen im Busverkehr ausarbeitet und den ausschreibenden Stellen, insbesondere Ländern, Gemeinden und Verkehrsverbänden, in der Form eines unverbindlichen Empfehlungskatalogs zur Verfügung stellt.“*

Dieser Kriterienkatalog wurde zwischenzeitlich erstellt und kann und könnte in Übereinstimmung mit dem Bundesvergabegesetz zur Anwendung gebracht werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie nachfolgende

### **Anfrage**

1. Wurde dieser Kriterienkatalog bereits an die einzelnen Verkehrsverbände übermittelt? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht?

2. Hat es nach der Übermittlung des Kriterienkatalogs bereits neue Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen gegeben? Wenn ja, in welchen Verkehrsverbänden?
3. Wurden die sozialen und ökologischen Kriterien bei diesen Ausschreibungen bereits zur Anwendung gebracht?
4. Wenn ja, bei welchen Ausschreibungen?
5. Wenn nein, warum nicht?
6. In der Vergangenheit wurde bei den Ausschreibungen Mindestanforderungen hinsichtlich Fahrzeugausstattung (z. B. Euro VI Motorisierung), Fahrgastinformation, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Schadensfreiheit u.v.a.m. festgelegt und - entsprechend den Ausschreibungsbedingungen - mit Strafzahlungen bei Nichteinhaltung sanktioniert.

In welchen Fällen wurde die Nichteinhaltung dieser Mindestanforderungen festgestellt und in welcher Höhe wurden Pönalzahlungen vorgeschrieben?

7. Sind die gesetzlichen Vorschriften und die Ausschreibungsbedingungen ausreichend, um Menschen mit besonderen Bedürfnissen eine Teilnahme am öffentlichen Verkehr zu ermöglichen?
8. Durch die Änderungen im Kraftfahrlinierecht und den Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen durch die Verkehrsverbände ist im Omnibusbereich eine wesentliche Liberalisierung eingetreten. In anderen Bereiche, in denen es zu derartigen Marktveränderungen gekommen ist, wurden Regulatoren eingerichtet (für die Bereiche Energie, also Strom und Gas [E-Control], Rundfunk und Telekom [RTR - Rundfunk & Telekom Regulierungs-GmbH], Schienenverkehr [SCG - Schienencontrol GmbH]).

Halten Sie die Einrichtung eines Regulators, der die Einhaltung von Ausschreibungsbedingungen überprüft und für fairen Wettbewerb sorgt für sinnvoll?

9. Wenn ja, wann werden Sie eine derartige Behörde einrichten?
10. Der Website des BMVIT (<https://www.bmvit.gv.at/verkehr/nahverkehr/verbuende/aufteilung.html>) ist zu entnehmen, dass das gesamte Bundesgebiet von Verkehrsverbänden abgedeckt ist. Alle diese Verbände habe eigene Regeln (Fahrzeugausstattungen, Tarife, Telematiksysteme und Standards. Ist es angedacht, dass einheitliche Regeln - verbundübergreifend - definiert werden, um Synergieeffekte generieren zu können?
11. Wenn ja, wann ist mit der Einrichtung/Inbetriebnahme zu rechnen?
12. Wenn nein, warum nicht?

*Handwritten signatures:*  
- Top left: *Erkenn...*  
- Middle left: *er kann in*  
- Middle right: *Wolfgang...*  
- Bottom right: *John-Vogel*

